

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 526

Mittwoch, 23. Januar 2013

20. Jahrgang

Was tragen Mitglieder der Dt.-Guatemalt. Auslandshandelskammer zum Umweltschutz bei? (Teil 1)

In ¡Fijáte! 507 hat die Redaktion erstmalig die Idee umgesetzt, zu recherchieren, was die Deutsch-Guatemalteckische Auslandshandelskammer (AHK) und ihre Mitglieder in Guatemala bewirken, im Guten wie im weniger Guten. Damals ging es um die Beteiligung des Kolumnisten und Fernsehmoderators Alfred Kaltschmitt, der in den 1980er Jahren als Missionar einer evangelikalen Kirche an dem Aufbau der „Entwicklungsdörfer“ im Zuge der counter-insurgency-Taktik des guatemalteckischen Militärs beteiligt war.

Die Liste der damals erwähnten Mitglieder von BASF, Siemens, Bayer oder Cementos Progreso wird erweitert durch drei interessante Personen, bei denen die Recherche im Internet einige Treffer ergaben, die sich zu Portraits zusammenfügen lassen.

Wir beginnen in diesem Heft mit der Sekretärin der AHK, der Juristin Ana Gabriela Platero und dem AHK-Schatzmeister, dem Projektmanager und Unternehmensberater Bernhard Haidacher. Die beiden könnten womöglich zum Prototyp einer jüngeren Oberschicht-Generation, die sich – eingebettet in entschieden wirtschaftsliberalem Denken – mit Umweltschutz auseinandersetzen.

Im nächsten Heft werden wir uns ausführlicher mit Claus Schieber befassen und an ihn anknüpfend mit verschiedenen Energieprojekten, wo Alternativen zu den Mega-Wasserkraftwerken, nämlich Micro-Kraftwerke in kommunaler Hand vorgestellt werden, aber auch Wohnprojekte in Guatemala-Stadt, die auf regenerativer Energie aufbauen.

Ana Gabriela Platero

Biographisches

Die Sekretärin der AHK, Ana Gabriela Platero, ist Anwältin für Umwelt-, Verwaltungs- und Handelsrecht. Laut Webseite von Arias & Muñoz arbeitet sie seit 2006 in der Abteilung für Umweltrecht, wo es zu ihrer Aufgabe gehört, Unternehmen und ausländischen Investoren dabei zu helfen, die notwendigen umweltbezüglichen Genehmigungen zu erhalten und deren Regeln und Auditing-Prinzipien auch einzuhalten, um Strafen zu vermeiden. Sie ist auch Dozentin für Landrecht an der Universität Rafael Landívar und war bis 2006 Assistenzprofessorin an der Universität Francisco Marroquín in Kursen über Seerecht. Wissenschaftlich hat sie sich gegen Ende ihres Studiums an der Universität Francisco Marroquín (mit Aufenthalt an der Universität von Auckland, Neuseeland) mit Naturschutzgebieten und ihren rechtlichen Grundlagen beschäftigt und dazu Artikel veröffentlicht.

Inhalt

Umweltschutz aus der Deutsch-Guatemalteckischen Auslandshandelskammer? (Teil 1).....	1
Ana Gabriela Platero.....	1
Bernhard Haidacher.....	3
Des Präsidenten Selbsteinschätzung für das Jahr 2012.....	3
Zuckerbrot und Peitsche.....	4
Politische Häftlinge von Barillas frei	5
Präsident beschliesst die Schliessung von FONAPAZ.....	5
Deutsche Firma wird guatemalteckische Pässe herstellen	6
Raubüberfall auf AVANCSO-Büro in Guatemala-Stadt.....	6

Umweltbestimmungen bei DR-CAFTA

Auf internationaler Ebene wurde sie 2006 bei den Verhandlungen über das Freihandelsabkommen DR-CAFTA als Vermittlerin in Umweltfragen der guatemaltekischen Delegation bestimmt. 2011 wurde sie im Zuge der Ratifikation des Abkommens zu einer der Schiedsrichterinnen in Fragen von Unstimmigkeiten bezüglich der Umweltbestimmungen im Freihandelsabkommen bestellt.

Auf dem juristischen Internetforum LatinCounsel.com hat sie im Dezember 2008 einen Text veröffentlicht, in dem sie auf die umweltpolitischen Herausforderungen von DR-CAFTA hinwies: Zunächst nannte sie dieses das erste Freihandelsabkommen, das Umweltfragen nicht in Annexe versteckte, sondern im Vertrag selbst regelte.

Auf der anderen Seite sollte es aber auch das allgemeine Umweltbewusstsein in Zentralamerika stärken. Jeder Vertragsstaat sollte sowohl die Einhaltung der Bestimmungen durch die Unternehmen wie die Verbesserung des Umweltbewusstseins der Konsumierenden garantieren, beispielsweise in dem es ein Monitoring-System aufbaute, aber auch um eigene Gesetze anzupassen, damit es nicht zu einem Aufweichen von Umweltstandards komme. Verstöße gegen diese Verpflichtungen sollten in Umweltberichten aufgeführt werden, eine Verurteilung und Geldstrafen in Höhe von bis zu 15.000.000 US-Dollar von einem Schiedsgericht, das für diese Fälle geschaffen worden ist [und in dem Frau Platero inzwischen Mitglied ist, Red.], bestraft werden können. Die Beklagten können ein ziviles Gericht anrufen, um dagegen zu klagen. Es gebe noch weitgehende Probleme bei der Umsetzung, doch – aus der Sicht der Unternehmen [aus der Frau Platero vorrangig spricht] – hätte die Einhaltung der Bestimmungen grosse Vorteile: Reduktion von Umweltschäden, bessere internationale Kooperation, Rückgang von Ausgaben, um umweltbedingte Verluste auszugleichen. Zudem biete die Freihandelszone bessere Chancen, um Märkte zu erreichen für saubere Technologie, aber auch umweltbewusstere Konsumierende. Auch in einem Vortrag auf einem umweltpolitischen Forum im Jahre 2011, dessen inhaltliche Inputs per Video im Internet zugänglich sind (<http://www.newmedia.ufm.edu/cadepambienteestatales>), hat Ana Gabriela Platero auf diese beiden Aspekte hingewiesen. Dabei sprach sie auch von Umweltprojekten am Atitlan-See, wo den BewohnerInnen umweltgerechtere Anbaumethoden beigebracht worden seien.

Aufruf zu Investitionen in erneuerbare Energien

In einem Artikel in der World Commerce Review von 2010 plädiert Ana Gabriela Platero für Investitionen in erneuerbare Energien, vor allem Sonnenenergie. Darin nennt sie den Klimawandel nicht nur ein ökologisches, sondern auch ein ökonomisches Problem. Guatemala sei laut einem Ranking beim „Environment Performance Index“ der Yale Universität aufgrund seines hohen Anteil an fossilen Energieträgern nur auf Platz 104 von 163 Staaten in Bezug auf einen effizienten Umweltschutz. Nach Einschätzung von Platero hat Guatemala ein grosses Potential für den Gebrauch von erneuerbaren Energien: Da nennt sie zum einen die 35 Flüsse, die für Wasserkraftwerke genutzt werden und bis 1996 den höchsten Stromanteil an den Energieträgern in Guatemala erzeugte. Durch die vielen Sonnentage könnte Sonnenenergie erzeugt und aufgrund der fruchtbaren Böden Bioölprodukte angebaut werden. Die 32 Vulkane könnten für geothermische Anlagen genutzt werden. Und schliesslich auch Windkraft. Erneuerbare Energien hätten ökologische, gesundheitliche und Kostenvorteile, da fossile Energieträger und Kernenergie auch ökologische, soziale und politische Probleme aufwiesen. Auch würden Aufwendungen für Gesundheit (die durch Umweltverschmutzung geschädigt wird) geringer werden und Arbeitsplätze würden geschaffen – und das alles bei besserer Luft, sauberem Wasser und belastungsfreien Böden. Durch ihre Dezentralisierung stärkt erneuerbare Energie auch lokal organisierte Wirtschaft und hält so die Preise stabil. Im weiteren Verlauf des Artikels gibt Platero potentiellen Investoren alle Informationen über die umweltrechtlichen Bestimmungen in Guatemala an und wie sie sie zur Förderung regenerativer Energien nutzen könnten.

Das staatliche Nationale Komitee für elektrische Energie (CNEE) hat es übernommen, die Elektrifizierung des Landes zu organisieren und zu regulieren. Dabei sollen – so die guatemaltekische Gesetzgeber – private, auch ausländische, Investoren eine grosse Rolle spielen und Prinzipien des freien Marktes zur Geltung kommen. Es wird ein Anteil von mindestens 40 % für erneuerbare Energien als Ziel vorgesehen. Platero nennt einige Prinzipien, die für Investoren in Guatemala wichtig seien:

- Freier Zugang von ausländischen Investitionen im Energiesektor (eingeschränkt nur durch die Autorisierung des Landkaufs, wenn es sich um staatliche Ländereien handelt; Gebühren sowie bei der staatlichen Überwachung der Qualität des Services und bei der Preisgestaltung).
- Das Prinzip der Selbstregulierung der privaten Kräfte, mit dem der Staat die Dezentralisierung und De-Monopolisierung bei der Erzeugung und Verteilung von Strom fördern, zugleich aber auch die Angebotsseite erhöhen will [damit gibt der Staat seine Normierung an den privaten Sektor ab, Red.].
- Der Staat sorgt dafür, dass der Energiezufluss in jedem Falle nicht erlahmt, selbst wenn Autorisierungen für Energieunternehmen enden sollten, was eine staatliche Übernahme der privaten Unternehmen bedeuten kann.

Im Weiteren verweist Platero auf das Gesetz über Projekte Erneuerbarer Energieträger, welches steuerliche, wirtschaftliche und administrative Anreize für solche Projekte vorsehe. Diese Möglichkeiten, den Unternehmen zu vermitteln, ist ihre Aufgabe bei Arias & Muñoz. So ist letztlich auch bei ihr der Umweltschutz ein Geschäftsfeld, das bedient werden sollte, ohne jedoch explizit die gesellschaftlichen, politischen und interkulturellen Implikationen der Energieversorgung mit zu bedenken. Unbestreitbar ist jedoch, dass Platero eine Expertin ist, die sich eindeutig für Erneuerbare Energien ausspricht und sich öffentlich für eine Förderung des Umweltbewusstseins ausspricht. Ein kleiner und keinesfalls ausreichender Schritt, aber ein Schritt.

Bernhard Haidacher

Ein weiteres Mitglied der AHK ist Bernhard Haidacher, Mitinhaber einer Unternehmensberatungsfirma (facultare.com). Er hat sich 2011 im Bereich Projektmanagement spezialisiert. Er gründete die Firma Asociación Project Management de Guatemala (APMGT) mit dem Ziel, „mehr Nachhaltigkeit in der Wirtschaft und in den Projekten [zu] erreichen sowie Projektmanager auszubilden und zu qualifizieren – und zwar nach den Standards der Internationalen Projektmanagement Gesellschaft (IPMA). Bei Facultare (vorher FabriK) bot er zuvor ab 2002 „ganzheitliche“ Beratung in der Strategie von Unternehmen an, u.a. bei El Pilar, einem der grössten Zuckerhersteller, der auf dem Markt für afrikanische Palmen drängte. Die Homepage von Facultare endet in ihren Nachrichten 2006 mit einer Feier zum Abschluss des DR-CAFTA. Haidacher hat jedoch – anders als Ana Gabriela Platero – nichts mit den Institutionen der DR-CAFTA zu tun.

Haidacher, der in dem Video, das am Rande eines Forums der IPMA in Nürnberg 2011 gedreht wurde, noch immer wie ein sympathischer BWL-Student aussieht, hinterlässt im Internet einige Spuren, die ein wenig hinter die Fassade blicken lassen – insbesondere im Hinblick darauf, ob die Nachhaltigkeit, die er auch auf seiner Homepage (www.apmgt.org) immer wieder beschwört, einigermassen glaubwürdig ist. Zunächst ist klar, dass er wirtschaftsliberal ist. Das wird etwa in einem Forum deutlich, wo es um ein US-amerikanisches Buch über den Bankencrash 2008 und die Folgen geht, und Haidacher zwar die Folgen beklagt, aber der falschen Regulierung des Staates eine grössere Schuld als den Banken gibt. Auch auf seiner Betriebshomepage ist nach der Überschrift „Soziale, unternehmerische und ökologische Verantwortung durch nachhaltige Projekte“ nichts Inhaltliches da zu finden, sondern nur welche Vision und welche Kompetenzen und Erfahrungen man dazu braucht, um das umzusetzen. In dem Interview sagte er, dass es, etwa bei den Wasserkraftwerken der 1980er Jahren, die von deutschen Strategen geplant wurden, Unzulänglichkeiten gab, u.a. auch darin die Menschen in der Umgebung nicht einbezogen zu haben. Das heisst jedoch zugleich, dass hier die Ökologie ein taktisches Thema ist, Projektmanagement bedeutet dann, die Unternehmen so zu beraten, dass sie stärker auf die Menschen zugehen etc.. Womöglich so, wie es Cementos Progreso, deren Vertreter Haidacher bei Treffen der Deutschen Auslandshandelskammern (AHK) trifft, bei ihrem Projekt in San Juan Sacatepéquez betreibt: Zuckerbrot und Peitsche.

Fazit wäre also, dass mit Haidacher jemand in das Umweltthema einsteigt, der nicht über die inhaltliche Kompetenz verfügt (so wie sie Frau Platero zumindest auf juristischer Ebene besitzt), aber über strategische und betriebswirtschaftliche. Ökologie ist somit eine ethisch gute Sache – Haidacher hat sich in einer Bewertung von Teilnehmenden positiv zu einem Ökotourismus-Veranstalter geäussert – aber nicht eine, die mit politischen Rechten zu tun hat, etwa den Konsultationsrechten nach ILO-Konvention 169 oder Ähnliches. Die AHK hat mit beiden verschiedentlich Veranstaltungen, Foren oder Fortbildungen gemacht, um Umweltschutz in Guatemala technologisch (aber nicht unbedingt politisch) voranzubringen. Für diesen Zweck sind beide gut geeignet. (SB)

Des Präsidenten Selbsteinschätzung für das Jahr 2012

Guatemala, 15. Jan. Nachdem **¡Fijáte!** in der letzten Ausgabe über eine eher kritische Zusammenfassung des letzten und gleichzeitig ersten Regierungsjahres von Otto Pérez Molina berichtete, möchten wir nun natürlich auch dessen Darstellung nicht verheimlichen. Dieser präsentierte am 14. Januar seinen Jahresbericht 2012, allerdings nur vor seiner eigenen Partei, dem Regierungskabinet und dem diplomatischen Korps.

Für den Präsident ist der bedeutendste Erfolg die Eindämmung der Gewalt durch den Aufbau der Task-Force (Fuerzas de Tarea). In den Einsatzgebieten sei die Mord- und Verbrechensrate um 75 % gesunken. Genauer aufgegliedert: 10% weniger Tote durch Gewaltverbrechen, 33% weniger Entführungen und 6% weniger Autodiebstahl. „Dies wäre ohne die interinstitutionelle Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsministerium, dem Verteidigungsministerium und der Staatsanwaltschaft nicht möglich gewesen“, so Pérez Molina.

Bezüglich des Zieles, die Nahrungsmittelknappheit einzudämmen (Pakt Null Hunger), sei die grosse Errungenschaft gewesen, dass man die GuatemalteKInnen, Organisationen, Stiftungen und den Wirtschaftssektor darauf aufmerksam ge-

macht hätte. Ebenso sei die Sterblichkeitsrate um die Hälfte gesunken, verglichen mit 2011, als 22 pro tausend EinwohnerInnen an den Folgen von Unterernährung starben.

Der Fiskalpakt sei auch positiv gewesen, vor allem die Verabschiedung der Anti-Steuerflucht-Gesetze und das der Steueraktualisierung. Ebenso seien die ausländischen Investitionen um knapp 30% gestiegen. Auf der Liste der Investition und Wettbewerbsfähigkeit sei Guatemala nun auf Platz zwei in Lateinamerika.

Die Ziele für 2013 wurden unter dem Titel 'Jahr der Transparenz und der Schaffung von Arbeitsplätzen' zusammengefasst. „Das stellt eine schwierige Herausforderung dar“, so Politologe Luis Mack, „denn die Korruption in Ämtern und Institutionen zu vermeiden, wie wir am Beispiel von Fonapaz sehen, ist kompliziert.“ Auch die Schaffung von Arbeitsplätzen benötigt gewisse Grundbedingungen und Produktionsprozesse um zu gelingen. Klar ist auch, dass der Präsident einen Kurs einschlägt, der die Wirtschaft unterstützen soll und weniger eine Sozialpolitik beinhaltet. Es besteht weiterhin eine Politik, die keine Hilfe zur Selbsthilfe leistet und somit die Armut nicht beenden wird.

Für Sicherheitsanalytistin Carmen Rosa de León ist die interinstitutionelle Zusammenarbeit und die Aufdeckung krimineller Vereinigungen sowie die Reduzierung der Mordrate etwas, was schon in der vorherigen Regierung begonnen wurde und die Zahlen fallen schon seit drei Jahren. Auch die Teilnahme am Sicherheitsrat der UNO ist keine neue Erfindung der Regierung Pérez Molina, dies war schon vorgesehen. „Vielmehr“, so kritisiert die Expertin, „existiert keine Möglichkeit des Dialogs mit den verschiedenen Sektoren und das erhöht das Konfliktpotential und die Bereitschaft, die Lösung in der Gewaltanwendung zu suchen“.

Auch Manuel Baldizón, Generalsekretär der Partei Lider, kritisierte die Verwaltung Pérez Molinas, die „unheilvoll“ für das Land sei, vor allem was die Sicherheit, Wirtschaft, Transparenz und den Respekt der Menschenrechte betreffe. Die Kritik spricht ebenfalls auf das Regierungsabkommen 370-2012 an, welches die Kompetenz des Interamerikanischen Gerichtshofes der Menschenrechte einschränkt (siehe letztes ¡Fijáte!). „Es ist klar, dass der Sinn des Ganzen ist, sich selbst und die nun gerichtlich wegen aussergerichtlichen Hinrichtungen während des bewaffneten Konflikts beschuldigten Militärs zu schützen“, so Baldizón. Er selbst wolle Einspruch vor dem Verfassungsgericht erheben, wenn das Abkommen nicht diese Woche noch widerrufen wird. (Es wurde am 17. Januar widerrufen.) Ebenso kritisierte er den Präsidenten bezüglich der Drogenlegalisierungsinitiative, dem Vorschlag zu Verfassungsreformen und der Unterstützung von korrupten Institutionen wie dem Nationale Friedensfond (Fonapaz), der erst von Pérez Molina „verteidigt und dann geschlossen wurde“, so der Oppositionsführer. (WS, Quellen: EP, PL, SV)

Zuckerbrot und Peitsche

Guatemala, 18. Jan. Nachdem nun das Regierungsabkommen 370-2012, was ja die Kompetenz des Interamerikanischen Gerichtshofes der Menschenrechte begrenzte und Verbrechen von vor 1987 (also die der schlimmsten Jahre des Bürgerkrieges) ungeahndet lassen sollte, am 17. Januar widerrufen wurde, unternimmt die Regierung nun einen weiteren Schritt in Richtung Vergessen: Beschluss 529 des Verteidigungsministeriums, veröffentlicht am 14. Januar diesen Jahres, besagt, dass militärische Informationen von 1982 - wie die Tabellen der Organisation und Mitarbeiter aus den Generalbefehlen der Armee 26-82, 27-82 und 31-82 (TOE) - nur von beim Gerichtsprozess beteiligten Parteien eingesehen werden dürfen, nicht aber von der Öffentlichkeit. Vor einem Monat hatte die Staatsanwaltschaft der Menschenrechte beim Verteidigungsministerium (MINDEF) beantragt, Armeedokumente aus dieser Epoche auszuhändigen.

Nach dem Zuckerbrot wird nun die Peitsche gereicht.

Die TOE ist eine Liste mit Namen und Positionen innerhalb der Militärinstitution sowie die Abteilungen, die unter deren Befehl standen. In diesem Fall handelt es sich um die Namen und Ränge von Militärs, die in der Zeit agierten, als die guatemalteckische Armee die meisten Fälle von Genozid verübte. Für diese Verbrechen stehen nun Militärs vor nationalen und internationalen Gerichten unter Anklage. Also beinhaltet die TOE detaillierte Information darüber, wer verantwortlich war, wo und auf welcher Position. Diese Informationen würden es erlauben, die Verantwortung für die Massaker, für Verwüstung, Raub, Folter, Hinrichtungen, Vergewaltigungen, sexuelle Versklavungen, etc. individuell zu zuordnen, ohne Zweifel und wissenschaftlich bewiesen.

Seit Jahren schon versucht das MINDEF diese Information den Gerichten vorzuenthalten und hat sie nun als vertraulich klassifiziert. Warum sollten sie dies nun, 30 Jahre später, tun, wenn nicht um Straffreiheit für sich und seinesgleichen zu sichern. Das Gesetz über den freien Zugang zu Informationen spricht von einer maximalen Öffentlichkeit. Nur in Fällen, wo die nationale Sicherheit betroffen ist und reelle Risiken bestehen, kann das Recht auf Information verweigert werden. Das aber ist nicht nachweisbar in der Entscheidung des Mindef. Es entstehen keine Risiken für die nationale Sicherheit, wenn die Öffentlichkeit Zugang zu diesen Informationen erhält. Die Armee beruft sich darauf, dass Informa-

tionen über Struktur, Zusammensetzung, Grösse, Stärke und Bewaffnung immer noch gültig seien und deshalb nicht öffentlich zugänglich sein dürfen.

Die GAM ihrerseits gab an, dass dieses Verhalten das Vertrauen in die Armee weiter beeinträchtigt, da der Eindruck erweckt wird, dass die Institution wirklich etwas über ihre Vergangenheit zu verschweigen hat. Die GAM ruft die Regierung dazu auf, den Beschluss zu annullieren. Das Volk habe ein Recht, zu erfahren, wie die Armee seinem Land dient. Oder ob Parallelstrukturen innerhalb der Armee existieren, da es ja eben keinen Zugang zu Informationen über deren Funktionsweise gibt. Betroffen von dieser Regelung ist auch der Prozess gegen José Efraín Ríos Montt. Dieser wurde 1982 nach einem Staatsstreich Staatschef und steht nun wegen Genozid vor Gericht. Die Staatsanwaltschaft klagt ihn als Verantwortlichen von 11 Massakern in Ixil, Department Quiché an, wobei 1771 Personen starben. (WS, Quellen: Iduvina Hernández in plazapublica.com.gt, EP, GAM)

Politische Häftlinge von Barillas frei

Barillas, Dep. Huehuetenango, 9. Jan. Der für den Fall verantwortliche Richter entschied, dass alle Anklagen gegen die neun politischen Häftlinge aus Barillas fallen gelassen und alle umgehend freigelassen werden. Dieser Richtspruch ist das Ergebnis von Mut, Würde und Durchhaltevermögen der Familien der Verhafteten, ihrer Anwälte und dem Widerstand der Gemeinden angesichts des Wasserkraftwerkprojekts der spanisch-galizischen Firma Hidro Santa Cruz / Ecoener-Hidralia Energía. Zur Erinnerung: Die Gefangenen wurden am 2. Mai 2012 durch Zivilpersonen festgenommen, also bevor der Ausnahmezustand in Santa Cruz Barillas vom Präsidenten Pérez Molina ausgerufen wurde. Es war somit eine klare Verletzung ihrer Menschenrechte und der rechtlichen Gesetzeslage. Damals (siehe **¡Fijáte!** 510) wurde eine Person von Arbeitern der Hidro Santa Cruz getötet und zwei weitere schwer verletzt. Daraufhin reagierten die AnwohnerInnen empört und forderten Gerechtigkeit. Es folgten Unruhen, Ausnahmezustand und Festnahmen.

Die Freilassung wurde nun nach mehr als acht Monaten unbegründeter Gefängniszeit veranlasst. Währenddessen hatten nicht nur die Inhaftierten zu leiden, auch die Familien wurden von der Firma Hidro Santa Cruz ständig belästigt, damit diese die Anklagen akzeptieren. Darüber hinaus fand am 7. Januar eine Gemeindeversammlung statt, die einen Beschluss über die Ablehnung des Wasserkraftwerkes verabschiedete. Während der Versammlung versuchten Leute der Firma draussen einen Boykott zu veranstalten und Unruhen unter der Bevölkerung auszulösen. Sie verkündeten, dass die GemeindeführerInnen zur Gewalt aufrufen würden und Gesetze missachten – das Gegenteil allerdings war der Fall. Der Gerichtsentscheid bedeutet auch, dass die Gefangenen nicht nur unschuldig, sondern aus politischem Grund im Gefängnis einsassen. Ein klarer Beweis für die Strategie der Kriminalisierung von Protestbewegungen, wie wir sie seit einiger Zeit verschärft in Guatemala beobachten können. (WS, Quelle: <http://cmiguate.org>)

Präsident entscheidet die Schliessung von FONAPAZ

Guatemala, 8. Januar. Präsident Otto Pérez Molina gab bekannt, dass der Nationale Friedensfond FONAPAZ geschlossen und aufgelöst werde, da es sich in eine korrupte Behörde verwandelt habe. Er erklärte, dass der Austausch des Direktors allein nicht ausreichend gewesen wäre, um der Korruption Einhalt zu bieten. Um Fonapaz aufzulösen soll bis zum 14. Januar eine Kommission gebildet werden, die die Verantwortlichen finden und alles überprüfen sollen.

Fonapaz wurde am 28. Juni 1991 während der Präsidentschaft von Jorge Serrano gegründet. Er sollte ein Sozialfond sein, der den Friedensprozess unterstützt. Regierungsabkommen 310 des Jahres 2000 erweiterte seinen Aktionsradius auf den Bau von Wohnungen, staatlichen Gebäuden, Gemeindegärten, Sporteinrichtungen, Schulzentren, der Aufbau von Bildungsprogrammen, Nahrungsmittelhilfe, etc. Dafür bekam Fonapaz öffentliche Gelder. Fonapaz ist somit praktisch ein Ministerium. Allerdings verwandelte es sich schnell und fand seine Hauptfunktion im politischen Klientelismus, dem Tausch von Geldern gegen Stimmen und politischer Unterstützung.

Verschiedene Akteure heissen die Entscheidung gut, da Fonapaz eher einem Jobcenter glich, dass es sich zur Aufgabe machte, den Freunden der Regierungspartei Arbeitsplätze zu verschaffen. Über 80% des Budget wurde für Gehälter veranschlagt und nicht in Programme und Projekte investiert. Allerdings bestehe die Gefahr, dass der Direktor Armando Paniagua beschützt werden wird, da er der Patriotischen Partei nahe steht. Von Seiten der Kommission für Transparenz des Kongresses besteht ebenfalls die Befürchtung, dass die Schliessung nicht mit rechten Dingen zugehen wird und fordern daher eine klare Kontrolle. Amílcar Pop, Präsident der Kommission befürchtet, dass eher die Notwendigkeit bestehe, die Gelder, die in den Fond fließen umzuleiten, als Fonapaz an sich aufzulösen. Er fordert daher, dass nicht nur staatliche Instanzen sondern auch die Zivilgesellschaft bei der Kontrolle der Schliessung beteiligt sei.

Deutsche Firma wird guatemaltekische Pässe herstellen

Guatemala, 08. Jan. Das Innenministerium vergab 11 Millionen Quetzales (= 1 Mio. Euro) an die deutsche Firma Giesecke & Devrient GmbH für die Ausstellung der guatemaltekischen Pässe. Ursprünglich wollte die Einwanderungsbehörde die Firma eigentlich ablehnen, da das Gesetz verlangt, dass die Firmen eine Sicherheit von ein bis fünf Prozent hinterlegen. Und das 1852 in Leipzig gegründete Familienunternehmen bot 5,9% an.

Nach einer Analyse des Falles durch das juristische Departement des Ministeriums fand man heraus, dass dies den Vertrag aber nicht ungültig werden lässt, da eine höhere Sicherheit nicht die Interessen des Staates gefährdet, sondern im Gegenteil sie noch mehr absichert. Eine Garantie, die auch mit den folgenden Worten auf der Webseite des Unternehmens zu lesen ist: „Wir machen die Welt sicher, indem wir zuverlässige Transaktionen sowie die Echtheit von Identitäten und von materiellen und immateriellen Werten sicherstellen.“ Ob das in Guatemala so funktioniert?

Innenminister López Bonilla, sagte, es sei notwendig auf ausländische Firmen zurückzugreifen, da die Einreisebestimmung von Mexiko und den USA erfüllt werden müssen. Für diese Länder stellt die Einwanderung bzw. Einreise ein nationales Sicherheitsrisiko dar. Identifikationspapiere könnten von terroristischen Gruppen zweckentfremdet werden. Schon im Januar des Vorjahrs organisierte man eine öffentliche Ausschreibung. Aber es war damals zu Problemen mit der Firma La Luz gekommen, so dass man einen neuen Ausschreibungsprozess durchführen musste.

Für Guatemaltekinnen, die im Ausland wohnen, kostet der Pass 50 US-\$, in den USA kommen noch 15 US-\$ Versandkosten hinzu. In Guatemala liegt der Preis bei 30 US-\$. 700 Pässe werden täglich von der Einwanderungsbehörde in den vier Ausgabestellen (Guatemala Stadt, Quetzaltenango, Chiquimula, Peten) ausgegeben. (WS, Quelle: EP)

Raubüberfall auf AVANCSO-Büro in Guatemala-Stadt

Guatemala-Stadt, 18. Jan. Auf das Büro der renommierten gesellschaftskritischen Vereinigung für den Fortschritt der Sozialwissenschaften in Guatemala (AVANCSO) in der 6^a. Avenida 2-30, Zona 1 wurde in der Nacht vom 17. auf den 18. Januar ein Raubüberfall verübt. Dabei wurden alle Computer und viele Materialien entwendet. Die Staatsanwaltschaft (MP) war rasch am Tatort und sicherte die Spuren. AVANCSO hat sich häufig und kritisch mit den Verbrechen während des Bürgerkrieges befasst, was sicher vielen nicht gefallen haben dürfte. Die Entwendung von Hard- und Software sowie Materialien wird die Arbeit von AVANCSO sicher kurz-, möglicherweise auch mittelfristig zurückwerfen. Führende Professoren aus aller Welt, die sich mit Geschichte und Gegenwart Guatemalas beschäftigen, etwa Beatriz Manz oder Deborah Levenson, haben in einer Erklärung ihre Unterstützung für AVANCSO bekräftigt und die Behörden aufgefordert, das Verbrechen und ihre Hintermänner aufzuklären. (SB, Quelle: www.hablaguatemala.com)

¡Fijáte!

vierzehntägiger E-Mail Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>

Redaktion:

Wiebke Schramm – wibsc@gmail.com

Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber:

Solidarität mit Guatemala e.V., Sitz in D-79100 Freiburg

Vereinsregister Nr. 2674, Steuer-Nr. 06470/10312, beim Finanzamt Freiburg i.Br. als gemeinnützig anerkannt.

Abo-Verwaltung: fijate@web.de

Solidarität mit Guatemala e.V.

Kto. -Nr.: 32 95 01-751, Postbank BLZ: 660 100 75, IBAN: DE42660100750329501751, BIC: PBNKDEFF

Jahresabonnement 50.-€

Abo in der Schweiz:

Jahresabonnement 85.-CHF, Konto-Nr. PC: 30-516068-6